

Freiburger Nachrichten

Einzig deutschsprachige Tageszeitung im zweisprachigen Kanton Freiburg

Freitag, 9. Mai 2014

Nr. 107

A.Z. 1700 Freiburg 1
151. Jahrgang
Einzelverkauf Fr. 3.00*
*Dieser Betrag enthält
2,5% MWST

Eishockey

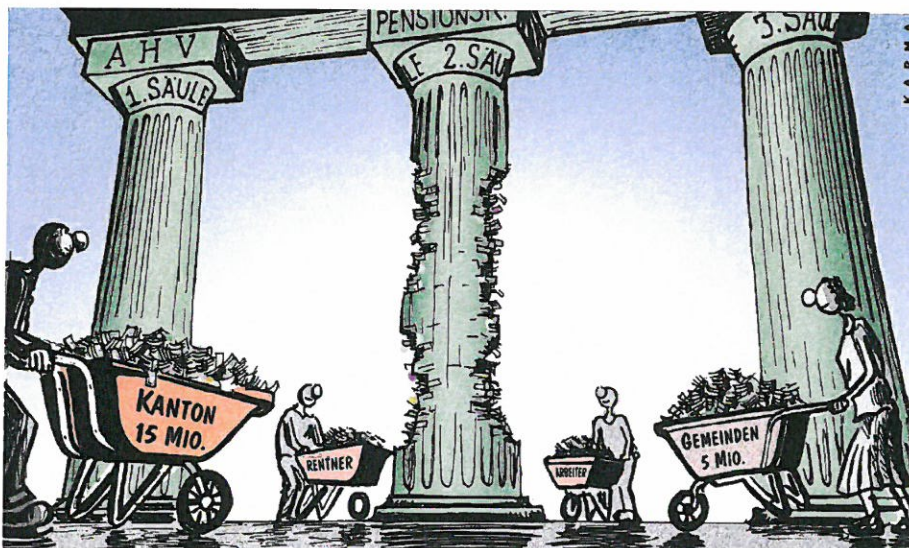
Alain Birbaum wechselt trotz laufenden Vertrags von Gottéron zu Ambri.
Seite 11



Eine solide Pensionskasse für das Staatspersonal wird mehr kosten

Der **Kanton** und das Staatspersonal müssen tiefer in die Tasche greifen, um ihre Pensionskasse zu finanzieren.

Freiburg Die Pensionskasse des Freiburger Staatspersonals wird in Zukunft ihre Betriebsrechnung nach neuen Parametern führen müssen. Ein neues Bundesgesetz verlangt die Erhöhung des Deckungsgrades von 70 auf 80 Prozent. Zudem wird von einer höheren Lebenserwartung der Versicherten und einer tieferen Rendite auf dem Kapital ausgegangen. Somit habe die Kasse einen zusätzlichen jährlichen Bedarf von mehr als 40 Millionen Franken, erklärte der Vorstand gestern an einer Pressekonferenz. Diesen sollen sich die Arbeitgeber und die Versicherten hälftig aufteilen. *uh*
Bericht Seite 3



Schlagzeilen

Kanton
Beat Fasnacht wird neuer Präsident der Dargebotenen Hand.
Seite 2

Schweiz
Berliner Kunstmuseum will Raubkunst zurückgeben.
Seite 14

Ausland
Der ANC gewinnt erwartungsgemäss Wahlen in Südafrika.
Seite 17

Letzte Seite
Vor 100 Jahren erfand eine Amerikanerin den Muttertag.
Seite 20

Wetter
Wechselnd bewölkt mit nur wenig Sonne, einzelne Schauer.



Seite 20

Sechser-Fusion wird immer konkreter

Die sechs fusionswilligen Sense-Oberland-Gemeinden schicken ihre Vereinbarung bereits im Juni in die Vorprüfung.

Plaffeien Brünisried, Oberschrot, Plaffeien, Plasselb, Rechthalten und Zumholz stecken mitten in den Fusionsverhandlungen. Damit die Fusion auch gelingt, wollen sie sich die Möglichkeit eines zweiten Anlaufes

offenhalten: Sie planen, ihre Fusionsvereinbarung bereits Ende Juni in die Vorprüfung zu schicken. Um noch Fusionsgelder vom Kanton zu erhalten, wäre das erst ein Jahr später notwendig. «Wir wollen nichts riskieren», sagt Otto Lötscher, Ammann in Plaffeien und Präsident der Fusionsarbeitsgruppe. Denn sagt an der Urne nur eine Gemeinde Nein, ist die Fusion gescheitert. *mir*
Bericht Seite 5

Werbung für Kleinkredite soll eingeschränkt werden

Der Nationalrat will aggressive Werbung für Kleinkredite verbieten. Er setzt auf Selbstregulierung der Kreditbranche.

Bern Um insbesondere Jugendliche vor Verschuldung zu schützen, will der Nationalrat aggressive Werbung für Kleinkredite verbieten. Er hat am Donnerstag eine entsprechende Gesetzesvorlage gut-

geheissen. Was aggressive Werbung ist, legt das Gesetz allerdings nicht fest. Der Nationalrat setzt auf Selbstregulierung: Die Kreditbranche soll selbst definieren, was genau verboten ist. Das Gesetz legt lediglich fest, dass für Konsumkredite nicht in aggressiver Weise geworben werden darf. Der Nationalrat verschärfte auch die Kreditfähigkeitsprüfung. *sda*
Bericht Seite 15

Ost-Ukraine will Abstimmung über Abspaltung

Kiew Die prorussischen Kräfte in der Ostukraine setzen weiter auf Konfrontation. Trotz des Appells von Russlands Staatschef Wladimir Putin sollen am Sonntag Referenden über eine Abspaltung der Gebiete in der Ost-Ukraine abgehalten werden. Putin rief die Konfliktseiten in der Ukraine erneut zum Dialog auf. Die protestantische Führung in Kiew signalisierte Dialogbereitschaft. *sda*
Bericht Seite 17

Zitat des Tages

«Die Lügen sind Produkte der Struktur. Die Sünde liegt im System.»

Gabriella Loser Friedli, Autorin
Seite 8

Inhalt

Todesanzeigen	6
Forum/Agenda	9
TV/Radio	12
Börse	16
Kinos	18

Redaktion: Tel. 026 426 47 47
Fax 026 426 47 40
Abonnemente: Tel. 026 347 30 00
Inserate: Tel. 026 347 30 01
Fax 026 347 30 19



Reklame

Ihre Rohreinigungsspezialisten aus Murten

MARTI

Verstopfte Rohre: Rufen Sie an!
24-Std-Piket! - 7 Tage-Service!

0800 00 34 34
GRATISNUMMER

AB MARTI AG
Grande Ferme 8
3280 Murten
info@abmarti.ch
www.abmarti.ch
m.abmarti.ch



Nomination

Astrid Epiney bereit fürs Rektorat

Freiburg Am 22. Mai wird dem Senat der Universität für die Rektoratswahl nur eine Kandidatin vorgeschlagen: Rechtsprofessorin Astrid Epiney wurde

durch die Vollversammlung nominiert. Sie freut sich auf ihr Amt, hat aber auch Respekt vor der Verantwortung. *fca*
Bericht Seite 2

Jahresrechnung schliesst im Plus

Wünnewil-Flamatt Unerwartet hohe Steuereinnahmen haben in Wünnewil-Flamatt für einen besseren Rechnungsabschluss 2013 gesorgt, als budgetiert: Der Ertragsüberschuss betrug 1,3 Millionen Franken, so dass die Gemeinde freie Abschreibungen in der Höhe von rund 1,2 Millionen Franken verbuchte und die Schuld leicht abnahm. Gemeinderat und Finanzkommission betonten an der Generalratssitzung am Mittwochabend, dass die Finanzlage trotzdem angespannt sei. Dennoch bewilligten die 44 anwesenden Gemeinderäte alle Geschäfte. Sie wählten zudem erstmals eine Frau ins Ratspräsidium. *mir*
Bericht Seite 5



Gemüsebau

Blick in die Treibhäuser von Ried

Ried bei Kerzers Gutknecht Gemüse Ried hat einen neuen Hofladen eingerichtet. Vom Laden aus können die Kunden sehen, wie Tomaten und Gur-

ken in Gewächshäusern gedeihen. Für die Befruchtung der Blüten kauft der Betrieb Hummeln ein. *emu/Bild ae*
Bericht Seite 4

Zweite Säule benötigt zusätzliche Stützen

Neue Vorschriften des Bundes verlangen von der **Pensionskasse des Staatspersonals** einen Deckungsgrad von 80 Prozent. Da der Anteil der Rentenbezüger steigt und die Rentabilität des Kapitals sinkt, müssen der Kanton und die Versicherten zusätzliche Gelder einbringen.

URS HAENNI

Gegen 22 000 Versicherte sind der Pensionskasse des Freiburger Staatspersonals (PKSPF) angeschlossen, rund 3,3 Milliarden Franken beträgt ihr Vermögen. Eigentlich ist die Pensionskasse kerngesund, hat einen Deckungsgrad von 77,6 Prozent und garantiert dem Staatspersonal bei der Pensionierung angemessene Leistungen.

Aufgrund neuer Vorgaben des Bundes braucht die PKSPF nun aber zusätzliche Mittel, um die finanzielle Gesundheit der Kasse auf lange Sicht zu gewährleisten. Die Führung der Pensionskasse, bestehend aus Vertretern des Staates und des Personals, orientierte gestern an einer Pressekonferenz, wie diese Stabilisierung aussehen soll.

Opfersymmetrie

Das gestern präsentierte Projekt stützt sich auf eine Opfersymmetrie zwischen Arbeitgebern und Versicherten. Die Arbeitgeber – zu drei Vierteln der Kanton, zu einem Viertel Dritte wie Gemeinden – tragen die Hälfte bei, ebenso wie die Versicherten, gleichmässig aufgeteilt auf Beitragszahler und Rentenbezüger.

Etwas über 40 Millionen Franken werden pro Jahr zusätzlich benötigt. 15 Millionen vom Kanton, fünf Millionen von den Gemeinden (die etwa einen Teil der Lehrerlöhne bezahlen) und durchschnittlich rund 1000 Franken von jedem Versicherten. Der zusätzliche Bedarf an finanziellen Mitteln hat drei Ursachen:

- Das Bundesgesetz über berufliche Vorsorge von Ende 2010 verlangt von öffentlich-rechtlichen Pensionskassen neu bis ins Jahr 2052 einen Deckungsgrad von 80 Prozent. Das bisherige Freiburger Pensionskassengesetz schrieb 70 Prozent vor, dies bei einer Staatsgarantie von 30 Prozent.

- Die höhere Lebenserwartung der Bevölkerung verschiebt den Anteil zwischen aktiv Versicherten und Rentenbezügern. Kommen heute vier Beitragszahler auf einen Bezüger, sind es in 40 Jahren 1,25 Zahlende auf einen Bezüger. «Erschwerend» kommt hinzu, dass die Lebenserwartung im öffentlichen Sektor



Claude Schafer, Verwalter, erklärt die Herausforderungen aus Sicht der Pensionskasse. Die Vorstandsmitglieder Martine Morard, Georges Godel und Bernard Fragnière (v.l.) stehen hinter dem gestern vorgestellten Projekt.

Bild Aldo Ellena

höher ist als in der Privatwirtschaft, wie an der gestrigen Präsentation gesagt wurde.

- Das Kapital der Pensionskasse bringt eine Rendite ein, die zur Bezahlung der Renten verwendet wird. Bis 2011 durfte die Pensionskasse mit 4,5 Prozent Rendite rechnen, seit 2012 sind es 4,25 Prozent, und nach einer Neuberechnung durch die eidgenössischen Pensionskassenexperten darf die PKSPF künftig nur noch mit einem technischen Zinssatz von 3,25 Prozent kalkulieren. Würde weiter ein Satz von 4,5 Prozent gelten, erreichte die Kasse einen Deckungsgrad von über 80 Prozent. Die PKSPF legt ihr Kapital zu je einem Drittel in Immobilien, Obligationen und Ausleihungen sowie in Aktien an.

«Nahe an Beitragsprimat»

Die vorgestellten Vorschläge gehen nun in die Vernehmlassung. Wie Staatsrat Georges Godel erklärte, wird die Regierung dem Grossen Rat im Herbst eine Änderung des

Freiburger Pensionskassengesetzes vorlegen, an dem vor allem der Deckungsgrad geändert wird. 96 Prozent der Versicherten unterstehen dem Pensionsplan mit Leistungsprimat (Kasten rechts). An dem wird nicht gerüttelt, so Martine Morard, Vertreterin des Staates im Pensionskassenvorstand. «Das Leistungsprimat unserer Pensionskasse bewegt sich nahe an einem Beitragsprimat.»

Versicherte werden befragt

Georges Godel erwähnte auch den Spezialfall des Polizei- und Gefängnispersonals, das im Alter von 60 Jahren in Pension gehen muss. Da wird der Staat zusätzlich Mittel in die Hand nehmen, um weniger Beitragsjahre im Vergleich zum restlichen Staatspersonal auszugleichen.

Eine separate Vernehmlassung erfolgt bei den Versicherten und den Personalverbänden. Der Vorstand verschickt den Versicherten eine Dokumentation und schlägt darin fünf Varianten vor, die eine

unterschiedlich starke Gewichtung von Beitragshöhung und Rentenbeschränkung vorsehen. Claude Schafer, Verwalter der PKSPF, betonte aber, dass die Befragung rein konsultativen Charakter habe: «Welche Variante gewählt wird, entscheidet der Vorstand der Pensionskasse.»

Teuerung wird plafoniert

Keine Wahl bleibt den Rentenbezügern. Bisher war im Pensionskassengesetz eine automatische Indexierung der Renten vorgesehen. Nun wird diese Indexierung auf 0,54 Prozent pro Jahr plafoniert. Zu einer eigenständigen Rentenkürzung kommt es aber nicht.

Wie Staatsrat Georges Godel betonte, sollen die neuen Bestimmungen 2015 in Kraft treten. Die höheren Beiträge für den Arbeitgeber und die Angestellten sollen aber aufgeschoben werden, solange die Struktur- und Sparmassnahmen des Kantons laufen. Diese Schonfrist werde aber spätestens am 1. Januar 2017 zu Ende gehen.

Personal:

Lastenverteilung steht zur Debatte

Die Pensionskasse des Freiburger Staatspersonals ist rechtlich, organisatorisch und finanziell unabhängig. Neben dem Staat sind im Vorstand der Kasse auch die Staatsangestellten durch deren Dachverband Fede vertreten. Bernard Fragnière, Präsident der Fede, trägt somit zwei Hüte. «Als Mitglied des Pensionskassenvorstandes bin ich an einer gesunden finanziellen Situation interessiert», sagte er. Als Fede-Präsident aber sieht er ein Ungleichgewicht, weil heute die Arbeitgeber 58 und die Arbeitnehmer 42 Prozent der Beiträge bezahlen, der neue Finanzierungsplan aber die zusätzlichen Lasten je zur Hälfte verteilt. Weiter besteht Fragnière auf einem Ausgleich zwischen den Generationen. Bereits bezog der Verband des Personals öffentliche Dienste Stellung: Dieser befürchtet, dass die Frühpensionierung einem Grossteil des Personals verunmöglicht wird. uh

Zahlen und Fakten

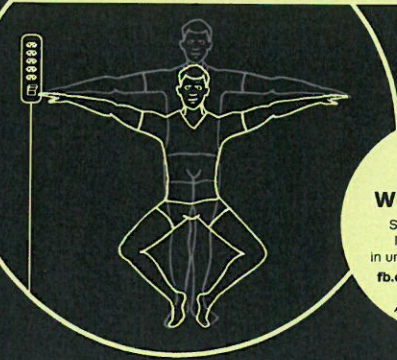
96 Prozent vom neuen Deckungsgrad betroffen

In der Pensionskasse des Freiburger Staatspersonals kommen drei Versicherungspläne zur Anwendung. 17 328 Personen oder 96 Prozent des Versichertenbestandes unterstehen dem Pensionsplan mit Teilkapitalisierung. Das heisst, dass für diese ein Deckungsgrad von weniger als 100 Prozent besteht. Mit dem Bundesgesetz wird dieser auf 80 Prozent vorgeschrieben. Der Rest ist durch Staatsgarantien gesichert. 707 Personen unterstehen dem BVG-Plan mit einer Vollkapitalisierung, in der Regel Personen mit zeitlich befristeter Anstellung. Zudem gibt es den Kader-Zusatzplan, dem hauptsächlich Spitalärzte angeschlossen sind. 4929 Personen beziehen heute eine Rente der Pensionskasse des Staatspersonals. Der Beitragssatz beträgt 22,5 Prozent des versicherten Lohns: 9,5 Prozent zulasten des Versicher-

ten, 13 Prozent zulasten des Arbeitgebers. Das Vermögen der Pensionskasse beträgt 3,28 Milliarden Franken. Der aktuelle Deckungsgrad beträgt 77,6 Prozent. Seit 2008 variierte dieser Wert zwischen 75,1 und 81,1 Prozent. Bis 2011 basierte der Deckungsgrad auf einer Rendite von 4,5 Prozent, seit 2012 sind es 4,25 Prozent, und ab 2015 darf die Kasse noch mit 3,25 Prozent rechnen. Anders gesagt: Bei einer Senkung des technischen Zinssatzes von 4,5 auf 3,25 Prozent steigt pro Franken bezogener Rente der Bedarf an Kapital um 2,07 Franken. Ähnlich bei der Lebenserwartung: Statt 82,3 Jahren für Männer und 86,8 Jahren für Frauen wird neu mit 85,1 Jahren für Männer und 87,9 Jahren für Frauen gerechnet. Pro Franken Rente steigt so das nötige Kapital von 13,27 auf 14,50 Franken. uh

Insertat

AUFWÄRMEN Nr. 01



ÖKO-BEUGUNG

SCHLIESSEN SIE IHRE ELEKTROGERÄTE AN EINE STECKERLEISTE MIT SCHALTER AN UND TRENNEN SIE DIESE BEI NICHTBENUTZUNG VOM STROMNETZ.

Die meisten Apparate werden pro Tag nur ein bis zwei Stunden genutzt. Die übrige Zeit schlummern sie im Stand-by-Modus und verbrauchen weiter unnötig Strom. Diese Verschwendung im Stand-by-Betrieb macht schweizweit 2 Mrd. kWh aus, was dem Jahresverbrauch der Stadt Zürich entspricht.

WETTBEWERB

Stellen Sie das Foto Ihrer Steckerleiste in unsere Facebook-Seite fb.com/OFF.FRIBOURG

Reglement unter www.off-fr.ch

SIND SIE BEREIT?

T-22



CHALLENGE OFF

01.06.14 – 31.05.15

➔ Null-Wachstum beim Stromverbrauch im Kanton, während die Tendenz heute +2.5% beträgt.